



Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit PSF 900354 99106 Erfurt

Höhere Kommunalverbände
in der Bundesrepublik Deutschland

Landschaftsverband Rheinland
50663 Köln

Landschaftsverband Rheinland
- 6. Juni 2005
Dez: 8

Eing - 6. Juni 2005

- LD -

E-Mail, Fax

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Telefon, Name
(0361)-37 98-

Datum

3 .06.2005

**Resolution der Höheren Kommunalverbände in der Bundesrepublik Deutschland
„Verbesserte Leistungen für Menschen mit Behinderungen“ - Einführung eines
Bundesteilhabegeldes für Menschen mit Behinderungen**

Ihr Schreiben vom 21.04.2005

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Minister Dr. Zeh hat Ihr Schreiben vom 21.04.2005 erhalten und mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Die von Ihnen aufgezeigte Entwicklung im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen lässt sich auch im Freistaat Thüringen verfolgen. Dem kontinuierlichen Anstieg der Fallzahlen sowie der Ausgaben in diesem Bereich stehen sinkende Einnahmen der öffentlichen Haushalte gegenüber.

Gleichwohl besteht die Aufgabe, es Menschen mit Behinderungen stärker als bisher zu ermöglichen, ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu führen.

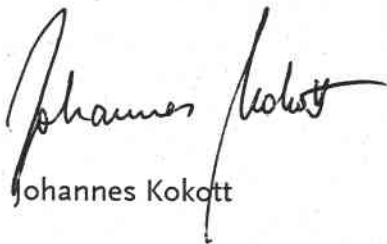
Aus diesem Grund halte auch ich eine Neuordnung der Finanzierungsgrundlagen im Bereich der Eingliederungshilfe und eine Beteiligung des Bundes an der Finanzverantwortung für einen möglichen Weg.

Die Empfehlung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge hinsichtlich eines Bundesteilhabegeldes für Menschen mit Behinderungen kann aus meiner Sicht einen vernünftigen und realisierbaren Vorschlag darstellen. Ein Bundesteilhabegeld könnte eine Verbesserung der Leistungen für Menschen mit Behinderungen bedeuten und gleichzeitig dem bundesweiten Problem der Kostenentwicklung der Eingliederungshilfe begegnen.

Insoweit stehe ich Ihnen gerne für Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Johannes Kokott